

Weniger Anträge aus sicheren Herkunftsstaaten

elo. BERLIN, 16. September. Wenn Länder als sogenannte sichere Herkunftsstaaten eingestuft worden sind, verringert das die Zahl der Asylanträge, die von dort kommen. Zu diesem Ergebnis ist eine Studie gelangt, die das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) in den nächsten Tagen veröffentlichen wird und deren Ergebnisse dieser Zeitung vorliegen. Die Untersuchung zielt auf Staaten des westlichen Balkans, von wo besonders viele Asylanträge kommen. Die werden jedoch zu fast hundert Prozent mit der Begründung abgelehnt, dass die Antragsteller in ihrer Heimat nicht verfolgt würden.

Vor einem Jahr, im September 2014, wurden drei Länder des westlichen Balkans von Deutschland per Gesetz als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Es waren Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien. Ziel dieser Entscheidung ist es, Asylverfahren zu verkürzen und Antragsteller aus diesen Ländern schneller von Deutschland aus wieder nach Hause schicken zu können. Das soll den Anreiz senken, überhaupt einen Antrag zu stellen. Wer das erwägt, soll wissen, dass er aller Voraussicht nach abgelehnt wird, und gleich auf einen Antrag verzichten. Noch intensiver als zuvor wird seither politisch darüber gestritten, ob dieses Ziel erreicht wird. Vor allem die Grünen bezweifeln das.

Die IfW-Ökonomen Sebastian Braun und Richard Franke verglichen die Asylanträge der Jahre 2014 und 2015 aus Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien mit denen aus jenen Westbalkan-Staaten, die noch nicht als sicher eingestuft sind: Albanien, Kosovo und Montenegro. Sie kommen zu dem Schluss: „Es gibt klare Indizien, dass die Klassifizierung in sichere und nicht sichere Herkunftsstaaten einen Einfluss auf die Zahl der gestellten Asylanträge hat.“ Vom Januar bis zum August dieses Jahres stieg die Zahl der Asylanträge aus den nicht als sicher eingestuften Staaten Albanien, Kosovo und Montenegro von 8570 auf 70637. Das ist eine Steigerung um 724 Prozent im Vergleich zum selben Zeitraum im vorigen Jahr. Dagegen steigerte sich die Zahl der Anträge aus den sicheren Herkunftsländern Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien in diesem Zeitraum nur um 32 Prozent auf 22 281. Das bedeutet, dass aus den nicht als sicher eingestuften Staaten dreimal so viele Asylbegehren kamen wie aus den sicheren. Braun und Franke schreiben, dass das Verhältnis vor der gesetzlichen Einstufung der drei Westbalkan-Staaten als sichere Herkunftsländer „fast umgekehrt“ gewesen sei.

Die Wissenschaftler schreiben: „Hätte die Deklaration als sicherer Herkunftsstaat keinen Effekt, wäre zu erwarten, dass die Zahl der Asylanträge aus sicheren und nicht sicheren Herkunftsländern in der gleichen Region und bei ähnlichen politischen Entwicklungen, wie auf dem Westbalkan der Fall, auch einen ähnlichen Verlauf nimmt.“ Wäre das so, so hätten nach den Berechnungen der IfW-Mitarbeiter aus Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien in dem in Rede stehenden Zeitraum 138 925 Anträge kommen müssen statt der etwas mehr als 22 000. Franke kommt zu dem Schluss, das Argument einiger Politiker, die Einstufung von Herkunftsländern als sicher sei wirkungslos, da sich die Zahl der Asylanträge kaum verändere, sei „nicht überzeugend“. Ohne die Entscheidung vom vorigen September wären seiner Meinung nach die Anträge aus Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien sprunghaft gestiegen.

Die Innenminister der Europäischen Union hatten sich bei ihrem Treffen am Montag in Brüssel darauf verständigt, dass alle Staaten des westlichen Balkans als sichere Herkunftsländer einzustufen seien. Bundesinnenminister Thomas de Maizière setzt sich dafür schon lange ein. Allerdings braucht er für eine entsprechende Entscheidung in den Fällen Albanien, Kosovo und Montenegro wieder die Unterstützung der Grünen, um eine Mehrheit im Bundesrat zu erzielen. Bei der Entscheidung vor einem Jahr hatte der baden-württembergische Ministerpräsident und Grünen-Politiker Winfried Kretschmann gegen den Willen weiter Teile der Partei für eine Mehrheit im Bundesrat gesorgt.

Schlimmer geht immer

Bevor der „worst case“ zum Regelfall wird: Wie Nordrhein-Westfalen versucht, den Zustrom von Flüchtlingen zu meistern.

Von Reiner Burger

L DORTMUND, 16. September. Lange bevor der jüngste, noch einmal verstärkte Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland begann, bekam Murat Sivri eine ziemlich klare Vorstellung von der Größe der Aufgabe. „Was ich hier mache, ist Krisenmanagement. Wir bewegen uns in Dimensionen – das ist verrückt“, sagte Sivri schon Anfang August. Sivri ist der Leiter der Flüchtlingerstaufnahme-Einrichtung (EAE) in Dortmund. Die EAE im Stadtteil Hachenei hat 300 Regel- und 50 Notplätze. Mehrfach schon musste die Dortmunder Ordnungsdezernentin wegen völliger Überfüllung der EAE einen Aufnahme-stopp verhängen. Es sei der „worst case“, der schlimmste Fall, sagte die Dezernentin am 1. Juli, als 870 Leute in der EAE Hachenei übernachtet hatten. Aber sie könne die Verantwortung für die Zustände nicht länger übernehmen. Man habe sich schon beinahe mit der Belegung von 100 Flüchtlingen mehr als genehmigt abgefunden. Jedoch nicht mit 400 mehr, klagte die Dezernentin.

Seither kam es in Dortmund-Hachenei noch ein halbes Dutzend Mal zum „schlimmsten Fall“ – die EAE musste vorübergehend für weitere Flüchtlinge geschlossen werden. Im Verlauf des 3. August standen beinahe 1000 Leute in der Glückaufstraße an, um Asyl zu beantragen. Auch Ende August musste die Stadt Dortmund wieder einen Zugangsstopp verhängen. Polizisten sperrten die Zufahrtsstraße zur EAE Hachenei und drückten neu ankommenden Flüchtlingen Zettel mit den Adressen der anderen nordrhein-westfälischen Erstaufnahmeeinrichtungen in Bad Berleburg, Burbach, Bielefeld und Unna-Massen in die Hand.

Das Beispiel Dortmund macht deutlich, wie angespannt die Lage derzeit in Nordrhein-Westfalen ist, das mit 145 000 Flüchtlingen allein in diesem Jahr so viele aufgenommen hat wie kein anderes Bundesland. Die Situation der Aufnahme seit „weiter angespannt“, sagte am Mittwoch ein sorgenvoll dreinschauender Innenminister Ralf Jäger (SPD). Eine „wirkliche Atempause“ habe es nach der Wiedereinführung der Grenzkontrollen an der bayerisch-österreichischen Grenze nicht gegeben. Unvermindert nimmt Nordrhein-Westfalen Tag für Tag weitere 3000 Asylsuchende auf. „Es geht nicht mehr lange so weiter“, warnt Jäger. Man brauche nächste Woche beim Flüchtlingsgipfel eine „klare Ansage“ der Kanzlerin, wie diese „nationale Aufgabe gemeinsam zu steuern ist“.

Dass in Nordrhein-Westfalen Dortmund regelmäßig den größten Zulauf verzeichnet, liegt daran, dass die Stadt seit jeher ein zentraler Anknüpfungspunkt für Neuan-kömmlinge ist. Im Ruhrgebiet leben viele Leute mit ausländischen Wurzeln; oft bekommen Flüchtlinge von Freunden oder Verwandten den Tipp, nach Dortmund zu kommen. Zudem ist die EAE in Hachenei besonders gut zu erreichen. Flüchtlinge, die mit dem Zug oder mit Fernbussen am Hauptbahnhof ankommen, können dort direkt die U-Bahn Richtung Hachenei nehmen.

Taten das Anfang 2012 noch maximal 20 Zugänge am Tag, montags vielleicht 60 bis 70, so gehen die Zahlen stetig bergauf. 2013 zählte EAE-Leiter Sivri 34 000

Grün-Rot für Flüchtlingslager

rsio. STUTTGART, 16. September. Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg will mit einem „Landesaufnahmezentrum für Flüchtlinge“ in Heidelberg versuchen, den Ansturm neuer Asylbewerber zu bewältigen. Der Großteil aller neu ankommenden Flüchtlinge soll künftig zunächst nach Heidelberg gebracht werden, entsprechende „Registrierstraßen“ sollen dort geschaffen werden. Das Zentrum soll, so lange es notwendig ist, auf dem etwa hundert Hektar großen Gelände der früheren Kaserne der amerikanischen Streitkräfte entstehen. Im „Patrick-Henry-Village“ (PHV) wäre Platz



Langes Warten: Asylbewerber vor der Erstaufnahmeeinrichtung in Dortmund

Foto Frank Röh

Asylbewerber, 2014 waren es dann 63 475, und im laufenden Jahr sind es schon mehr als 90 000. Allein im Juli kamen mehr als 17 000. Eigentlich sollen die Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen medizinisch untersucht und registriert werden und dafür einige Tage in Dortmund bleiben, bis es in eine Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) weitergeht. Aktuell bleiben die Flüchtlinge aus Platzgründen aber oft nur wenige Stunden in den Erstaufnahmeeinrichtungen und werden stattdessen auf andere Unterkünfte weiterverteilt. Um die nötigen Verfahrensschritte abzuarbeiten, müssen sie dann in Bussen wieder zu einer EAE gebracht werden. Flüchtlinge, die in diesen Tagen über Ungarn, Österreich und schließlich Bayern nach Dortmund kommen, werden grundsätzlich nicht nach Hachenei oder eine der anderen EAE, sondern nach kurzem Aufenthalt in einer Halle in Bahnhofsnähe mit Bussen in Unterkünfte in ganz Nordrhein-Westfalen gebracht. Im täglichen Wechsel mit Düsseldorf hat Dortmund zusätzlich die Funktion einer „Drehscheibe“ übernommen, um München zu entlasten. Das gelingt bisher durch den unermüdlichen Einsatz von Mitarbeitern der Stadt und vieler ehrenamtlicher Helfer. Eine Dauerlösung aber kann das nicht sein.

Zumal das nordrhein-westfälische System der Registrierung und Erstunterbringung schon vor der aktuellen Zuspitzung der Lage völlig überlastet war. Seit einigen Wochen verpflichtet das Land regelmäßig Kommunen per Amtshilfeverfahren innerhalb weniger Stunden, weitere Plätze für Flüchtlinge zu schaffen. Mittlerweile gibt es in Nordrhein-Westfalen 150 Notunterkünfte. Mühsam versucht das Land, die Asylverwaltung den enormen Erfordernissen anzupassen. Mittlerweile gibt es mobile Registrierungsteams, die in den Notunterkünften die Daten der Flüchtlinge aufnehmen. In wenigen Tagen soll in einer mobilen Messehalle auf dem Gelände des Flughafens Münster/Osnabrück das erste nordrhein-westfälische Registrierungszentrum in Betrieb gehen. Ein weiteres ist im Landesteil Lippe geplant. Am Mittwoch kündigte Innenminister Jäger an, dass es bald schon ein drittes Zentrum geben soll. Die Registrierung ist für die Flüchtlinge wie für das Land wichtig. Für die Flüchtlinge ist sie der Startpunkt des Asylverfahrens, für das Land ist sie die Grundlage für die Verteilung auf andere Bundesländer. Auch um Bayern unbürokratisch zu entlasten, nimmt Nordrhein-Westfalen derzeit weit mehr Flüchtlinge auf, als es nach dem König-

steiner Schlüssel eigentlich müsste – nach Jägers Angaben hat NRW mittlerweile 13 000 Flüchtlinge aus dem Freistaat übernommen. Dass der Bund nun angekündigt hat, in eigenen Liegenschaften 40 000 Erstaufnahmeplätze für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen, bezeichnet Jäger als „einen ersten kleinen Schritt in die richtige Richtung“. Der Innenminister kann sich auch vorstellen, dass eine der vier geplanten Großunterkünfte in seinem Land eingerichtet wird. Eine große Entlastungswirkung sieht Jäger aber nicht. Die Zusage des Bundes mache zu nächst nur „vier Prozent dessen aus, was wir in Deutschland in diesem Jahr brauchen“.

Damit es in Hachenei nicht mehr regelmäßig zum „worst case“ kommt, finanziert das Land nun eine „Überlaufeneinrichtung“. Bis zum 1. Oktober soll in der Nähe der EAE auf einem großen Parkplatz eine komplett ausgestattete Erweiterung aus Leichtbauhallen mit Röntgen- und Sanitätsstation errichtet sein. Auch die Erstaufnahmeeinrichtungen in Bad Berleburg und Burbach sollen weiter ausgebaut werden. In Essen entsteht derzeit eine neue EAE mit 800 Plätzen. Und im kommenden Jahr soll dann eine weitere EAE mit ebenfalls 800 Plätzen in Mönchengladbach dazukommen.

Asylanträge aus Westbalkan-Staaten werden schneller bearbeitet

Asylverfahren sollen weiter beschleunigt werden. Darauf einigten sich Bund und Länder bei einem Treffen am Dienstagabend in Berlin. Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Manfred Schmidt, teilte mit, dass von Anfang Oktober an die vier geplanten Entscheidungszentren, in denen mit Hochdruck die mehr als 270 000 Anträge bearbeitet werden sollen, über die noch nicht entschieden wurde, ihre Arbeit aufnehmen könnten. Zudem sollen mobile Teams eingesetzt werden, die dort über Asylanträge entscheiden, wo es noch keine Außenstelle des BAMF

gibt. So werden den Asylbewerbern zeitaufwendige Wege erspart, und die Verfahren können verkürzt werden.

Nach dem Treffen, das Teilnehmerberichten zufolge in sehr sachlicher Atmosphäre verlief, teilte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit, die Bundeswehr werde dem BAMF in den nächsten Tagen 800 Mitarbeiter zur Verfügung stellen. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sagte, das Bundesamt konzentriere sich derzeit auf Anträge von Personen, die nur eine geringe Bleibeperspektive hätten. Das seien vor allem Menschen aus den Ländern des westli-

chen Balkans. Deren Anträge hätten eine Ablehnungsquote von 99 Prozent. Wie diese Zeitung aus dem BAMF erfuhr, hat sich die Dauer der Verfahren von Personen aus diesen Ländern seit dem vorigen Jahr von mehr als vier Monaten auf deutlich unter vier Monaten verringert. Die Bundesregierung bot den Ländern zudem Hilfe bei der Einrichtung von Erstaufnahmeplätzen für Asylsuchende an. So will der Bund 40 000 Plätze bereitstellen. Die Länder begrüßten das. Zudem sollen zentrale Stellen zur Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland eingerichtet werden. (elo.)

für 10 000 Flüchtlinge, doch die Landesregierung will diese Kapazitäten nach Möglichkeit nicht ausschöpfen. Das neue Flüchtlingszentrum wird eine Landeseinrichtung, sie hat mit den „Drehkreuzen“ zur Flüchtlingsverteilung, die auf dem Krisengipfel am Dienstagabend in Berlin besprochen worden sind, nichts zu tun.

Obwohl das Land demnächst angeblich über 27 000 Plätze zur Erstaufnahme verfügt, halten sich in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen in Ellwangen oder Meßstetten teilweise dreimal so viele Flüchtlinge auf wie vorgesehen. Seit dem 5. September hat Baden-Württemberg 12 000 Flüchtlinge aufgenommen. Ein Regierungssprecher sagte, das neue Zentrum solle „in Wochen und nicht in Monaten“ seinen Betrieb aufnehmen. Der Heidelberger Oberbürgermeister Eckart

Würzner (parteilos) hatte sich immer wieder kritisch über den Ausbau der Flüchtlingsunterbringung in seiner Stadt geäußert. Ein Sprecher der Stadt wollte die Pläne nicht bewerten, er sagte aber: „Die Informationspolitik der Landesregierung war unterirdisch.“

Im PHV leben derzeit schon 3700 Flüchtlinge in einer behelfsmäßigen Erstaufnahmeeinrichtung, sie war ursprünglich für tausend Flüchtlinge ausgelegt. Derzeit sind die räumlichen Verhältnisse so eng, dass die Polizei fast jede Nacht Streitereien zwischen den Asylbewerbern schlichten muss. Die Bürger kritisieren die Überbelegung lautstark. In dem neuen Zentrum sollen die Flüchtlinge innerhalb von zwei Wochen medizinisch untersucht und registriert werden; auch ihr Asylantrag soll aufgenommen werden.

Flüchtlinge aus Syrien, die eine Bleibeperspektive haben, sollen direkt zur vorübergehenden Unterbringung in die Kommunen gebracht werden. Flüchtlinge, die mit einem negativen Bescheid ihres Asylantrags rechnen müssen, sollen für kurze Zeit in die Erstaufnahmestellen gebracht und dann abgeschoben werden. Bundeswehrsoldaten sollen bei der Aufnahme der Flüchtlinge helfen. Demnächst soll es vierzig Geräte zur Flüchtlingsregistrierung geben. Als die oppositionelle CDU vor Monaten eine Zentralisierung der Flüchtlingsaufnahme vorschlug, hatten grüne Politiker noch vor „Gettos“ gewarnt. Landesfinanzminister Nils Schmidt (SPD) kündigte trotz steigender Kosten zur Bewältigung der Flüchtlingskrise an, dass das Land schon 2015 keine neuen Schulden mehr aufnehmen werde.

Wichtiges in Kürze

Unter deutschem Kommando

Die gegenseitige Unterstellung von deutschen und niederländischen Soldaten hat eine neue Ebene erreicht. Die 43. niederländische Infanteriebrigade soll in die deutsche 1. Panzerdivision integriert werden, gleichzeitig wird diese niederländische Brigade durch ein neu aufgefülltes deutsches Panzerbataillon ergänzt, in das wiederum eine niederländische Panzerkompanie eingegliedert werden soll. Dies gaben die Verteidigungsministerinnen beider Länder am Mittwoch bekannt. Das neu aufgefüllte Panzerbataillon ist ein Ergebnis der Absicht der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die Zahl der deutschen Leopard-Kampfpanzer, die auf 225 Stück hätte reduziert werden sollen, wieder auf mehr als 300 Stück zu heben. Auch die niederländischen Soldaten in dem Bataillon, welches bei Bergen in Niedersachsen stationiert und 2019 einsatzbereit sein soll, werden deutsches Gerät nutzen. Die Unterstellung der niederländischen gepanzerten Brigade unter die deutsche Division ist die zweite Kooperation zwischen beiden Ländern in dieser Größenordnung. Seit einigen Jahren sind schon die niederländischen Fallschirmspringer der luftbeweglichen Brigade der deutschen Division Schnelle Kräfte unterstellt. (Lt.)

Anspruch auf Asylverfahren

Flüchtlinge haben in Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen auch dann Anspruch auf ein Asylverfahren, wenn sie über EU-Mitgliedstaaten eingereist sind. Das hat das Oberverwaltungsgericht in Münster am Mittwoch entschieden und damit Urteile der Vorinstanz aus Düsseldorf und Köln aufgehoben. In den Streitfällen waren die Kläger aus Guinea illegal über Spanien in die EU eingereist. Erst in Deutschland stellten sie ihre Asylanträge. Nach der Dublin-Verordnung ist das aber nicht erlaubt. Die Flüchtlinge hätten in Spanien ihre Anträge stellen müssen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lehnte deshalb die Bearbeitung ab. Weil sie aber anschließend nicht in der vorgeschriebenen Frist von sechs Monaten nach Spanien abgeschoben wurden, haben die Kläger nach Ansicht des OVG Anspruch auf ein Verfahren in Deutschland. (Aktenzeichen 13 A 2159/14.A und 13 A 800/15) (dpa)

Buhari für Austausch

Der nigerianische Präsident Muhammad Buhari hat sich grundsätzlich bereit erklärt, inhaftierte Mitglieder der Terrorgruppe Boko Haram im Austausch gegen die mehr als 200 vor anderthalb Jahren entführten Schülerin aus Chibok freizulassen. „Wenn die Boko-Haram-Führung mit der Übergabe der Mädchen – aller Mädchen – von Chibok einverstanden ist, können wir über eine Amnestie entscheiden“, sagte Buhari am Mittwoch der Nachrichtenagentur AFP. Es gebe in dieser Sache Gespräche mit inhaftierten Boko-Haram-Mitgliedern. Eine Zahl der Gefangenen, die freigelassen werden könnten, nannte Buhari nicht. Boko-Haram-Kämpfer hatten im April 2014 eine Schule in Chibok im Nordosten Nigerias gestürmt und 276 Mädchen verschleppt. 57 Schülerinnen kamen zwischenzeitlich frei. (AFP)

FN-Kader muss ins Gefängnis

Ein Nachwuchspolitik der Front National (FN), Adrien Desport, ist am Mittwoch zu einer Haftstrafe von vier Jahren, davon ein Jahr auf Bewährung, verurteilt worden. Der frühere stellvertretende Vorsitzende des FN-Verbandes im Département Seine-et-Marne hatte 13 Autos angezündet und jugendliche Unruhestifter der Tat bezichtigt. Auch Desports Mitstreiter wurden zu Haftstrafen bis zu 18 Monaten verurteilt. Die mutmaßliche Brandstiftung war von der FN-Führung aufgedeckt und der Polizei gemeldet worden. (mic.)

Morales gegen Torres

Beim Stichentscheid der Präsidentenwahlen in Guatemala treten am 25. Oktober der frühere Fernsehkomödiant Jimmy Morales und die einstige First Lady Sandra Torres gegeneinander an. Wie das Oberste Wahlgericht in Guatemala-Stadt in der Nacht zum Mittwoch mitteilte, erhielt Morales beim ersten Wahlgang am 6. September 24 Prozent der Stimmen, die Sozialdemokratin Torres kam auf 19,75 Prozent. Die ehemalige Frau des früheren Präsidenten Álvaro Colom setzte sich damit knapp gegen den Konservativen Manuel Baldizón durch, der 19,4 Prozent der Stimmen erreichte. (rüb.)

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung

Gründungs-herausgeber Erich Welter +

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; Dr. Nikolaus Busse (stv.); für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Politik Online: Thomas Hohl; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung und Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzen: Gerald Braunberger; für Wirtschaft Online: Patrick Bernau; für Sport: Arno Hecker; Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Dr. Edo Reeno; Andreas Platthaus (stv.); Dr. Julia Voss (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Felicitas von Lovenberg; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander (Stadt), Peter Lückemeier (Region).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Sven Astheimer; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmolz; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Dr. Philip Plickert; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Geisteswissenschaften: Dr. Lorenz Jäger; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropf; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Jan Grossarth; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher:

Hannes Hintermeier; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Prof. Dr. Joachim Jahn; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohler; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Johannes Janssen; **Informationsgrafik:** Thomas Heumann.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender); Burkhard Petzold.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller; für Anzeigenproduktion: Andreas Gierth.

Anzeigenpreisliste Nr. 75a vom 1. Juli 2015 an; für Stellenanzeigen: FA.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 9 vom 1. Januar 2015 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 54,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 61,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 27,40 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulanzteiger 27,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 31,90 €. Bei Postbezug der Sonntagszeitung erfolgt die Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag, Frankfurter Allgemeine Zeitung im Ausland 63,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer. Abonnement der digitalen FA.Z. (E-Paper) 34,90 €; einschließlich der digitalen Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (E-Paper) 41,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 27,90 €; einschließlich der digitalen Sonntagszeitung 31,90 € Einzelver-

kaufspreis der digitalen FA.Z. 1,70 €; der digitalen FA.S. 3,10 €; jeweils einschließlich 19 % Umsatzsteuer. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Die FA.Z. erscheint werktäglich, die Sonntagszeitung an jedem Sonntag – auch an Feiertagen. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Abonnementkündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausgerechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form verbreitet und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der FA.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunftei erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-29 85. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (030) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societats-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Amthliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION: Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44. Abonentenservice: 01 80 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen maximal 42 Cent pro Minute) oder www.faz.net/leserportal. Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91-23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Vertrieb (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main; IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF